

Leistungen und Ausgaben der österreichischen Sozialversicherung seit 1953

Die moderne Sozialversicherung steht im Blickfeld des öffentlichen Interesses. Ihr fortschreitender Ausbau berührt immer weitere Kreise der Bevölkerung und beeinflusst maßgeblich Struktur und Ablauf der Gesamtwirtschaft. Der vorliegende Aufsatz bietet einen ersten informativen Überblick über Ausgaben und Leistungen der österreichischen Sozialversicherung seit 1953. Weitere Untersuchungen über gesamtwirtschaftlich wichtige Aspekte der Sozialversicherung werden vorbereitet.

Die österreichische Sozialversicherung erfaßt alle unselbständig Erwerbstätigen und einen Teil der Selbständigen. Sie besteht aus Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung mit verschiedenen Versicherungsträgern (in der Krankenversicherung z. B. Gebietskrankenkasse für Arbeiter und Angestellte, Krankenversicherungsanstalt der Bundesangestellten, Meisterkrankenkassen usw.). Grundlage für die meisten Versicherungsträger ist das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz¹⁾.

¹⁾ Das ASVG vom 9. September 1955, BGBl. Nr. 189, wurde einmal novelliert.

Die Gesamtausgaben der Sozialversicherung²⁾ erreichten 1962 18,73 Mrd. S. Davon entfielen 12,42 Mrd. S. oder etwa zwei Drittel auf die Pensionsversicherung (einschließlich Pensionsversicherung der Selbständigen), 5,44 Mrd. S. (29,0%) auf die Krankenversicherung und 0,87 Mrd. S. (4,6%) auf die Unfallversicherung. Die meisten Ausgaben kamen den Versicherten unmittelbar in Form von Geld- und Sachleistungen zugute. Die Verwaltungskosten und der sonstige Aufwand hielten sich mit 0,88 Mrd. S. (4,7%) in engen Grenzen.

²⁾ 1962 vorläufige Gebarungsergebnisse

Träger der Österreichischen Sozialversicherung

Krankenversicherung

Gebietskrankenkassen
Landwirtschafts-
krankenkassen
Betriebskrankenkassen
Versicherungsanstalt des österr.
Bergbaues
Versicherungsanstalt der österr.
Eisenbahnen
Krankenversicherungsanstalt
der Bundesangestellten
Meisterkrankenkassen

Unfallversicherung

Allgemeine Unfallversicherungsanstalt
Land- und forstwirtschaftliche
Sozialversicherungsanstalt
Versicherungsanstalt der österr.
Eisenbahnen

Pensionsversicherung

Pensionsversicherungsanstalt
der Arbeiter
Pensionsversicherungsanstalt
der Angestellten
Land- und forstwirtschaftliche
Sozialversicherungsanstalt
Versicherungsanstalt des österr.
Bergbaues
Versicherungsanstalt der österr.
Eisenbahnen
Pensionsversicherungsanstalt
der gewerblichen Wirtschaft
Versicherungsanstalt des österr.
Notariates
Landwirtschaftliche Zuschußrenten-
Versicherungsanstalt

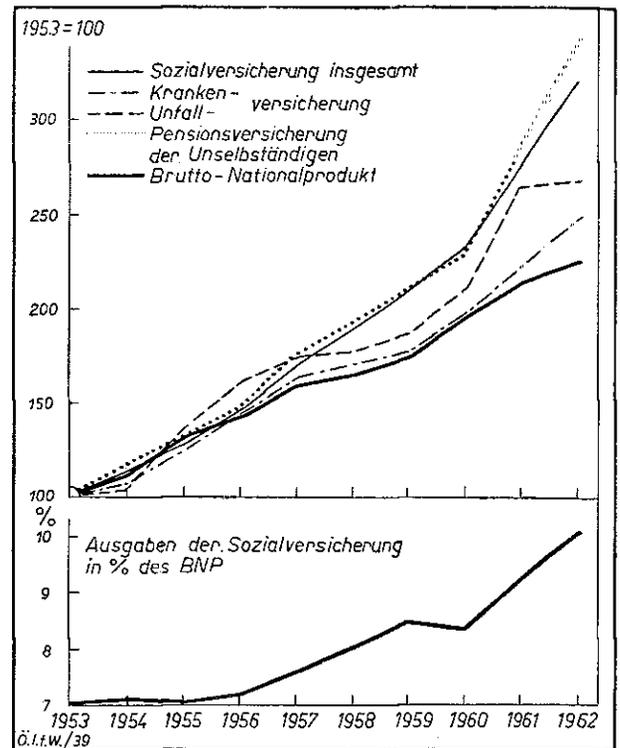
Der Sozialversicherungsaufwand wurde im letzten Jahrzehnt stark ausgeweitet. 1962 war er mehr als dreimal so hoch wie 1953 (+221%), das nominelle Brutto-Nationalprodukt dagegen hat sich

nur etwas mehr als verdoppelt (+125%). Der Anteil der Sozialausgaben am Brutto-Nationalprodukt erhöhte sich von 7,0% (1953) auf 10,0% (1962). Die Sozialausgaben begannen 1956 nach Einfüh-

rung des ASVG überproportional zu wachsen. Allein von 1960 bis 1962 stiegen sie infolge der Rentenreform um 39%, rund 2 1/2mal so stark wie das nominelle Brutto-Nationalprodukt (+16%).

Die Erhöhung des sozialen Aufwandes hat verschiedene Ursachen: die Zahl der unselbständig Beschäftigten und ihre Einkommen wuchsen, die Leistungen der Kassen wurden erweitert und häufiger beansprucht, die Entgelte für Dienstleistungen stiegen stärker als das allgemeine Preisniveau, und 1958 wurde die Selbständigen-Pensionsversicherung eingeführt. Der Mehraufwand vor allem seit Mitte der Fünfzigerjahre kam großteils den Pensionisten zugute (in der Kranken- und Unfallversicherung stiegen die Ausgaben nicht viel stärker als das Nationalprodukt). Dadurch erhöhte sich der Anteil der Transfereinkommen (Einkommen, denen keine unmittelbare wirtschaftliche Leistung gegenübersteht) auf Kosten der Leistungseinkommen und die Einkommensverteilung wurde gleichmäßiger. In der ersten Hälfte der Fünfzigerjahre hingegen waren die Masseneinkommen „entnivelliert“ worden. Die Gehälter der Angestellten im allgemeinen und der höheren Angestellten im besonderen stiegen nach der Geldwertstabilisierung (1952/1953) viel stärker als die der Arbeiter, die Pensionen hinkten nach. Die Einkommensverschiebungen (Entnivellierung in der ersten Hälfte der Fünfziger-

Sozialversicherungsausgaben und Brutto-Nationalprodukt
(Normaler Maßstab; 1953 = 100)



Die Ausgaben der Sozialversicherung stiegen seit dem ASUG (1956) stärker als das Brutto-Nationalprodukt, 1962 erreichten sie bereits 10% des Brutto-Nationalproduktes, gegen 7% im Jahre 1953. Besonders die Ausgaben der Pensionsversicherung wuchsen überdurchschnittlich.

Vergleich der Sozialversicherungsausgaben mit dem Brutto-Nationalprodukt

Jahr	Krankenversicherung ¹⁾		Unfallversicherung		Pensionsversicherung der Unselbständigen		Pensionsversicherung der Selbständigen ²⁾		Gesamtausgaben der Sozialversicherung		Brutto-Nationalprodukt (nominal)		Sozialversicherung in % des Brutto-Nationalproduktes
	Mill. S	%	Mill. S	%	Mill. S	%	Mill. S	%	Mill. S	%	Mill. S	%	
1953	2 195	100 0	326	100 0	3 322	100 0	2		5 845	100 0	82 969	100 0	7 0
1954	2 370	108 0	345	105 9	3 875	116 6	3		6 592	112 8	93 244	112 4	7 1
1955	2 740	124 8	440	135 1	4 316	129 9	3		7 498	128 3	107 617	129 7	7 0
1956	3 132	142 7	518	159 1	4 883	147 0	3		8 537	146 1	118 015	142 2	7 2
1957	3 580	163 1	561	172 4	5 801	174 6	4		9 947	170 2	130 823	157 7	7 6
1958	3 746	170 7	573	176 1	6 363	191 5	219		10 901	186 5	136 194	164 2	8 0
1959	3 890	177 3	603	185 1	6 938	208 8	705		12 136	207 6	143 229	172 6	8 5
1960	4 296	195 8	682	209 4	7 639	229 9	872		13 489	230 8	161 348	194 5	8 4
1961	4 860	221 5	853	261 9	9 456	284 6	971		16 140	276 1	176 060 ³⁾	212 2 ³⁾	9 2 ³⁾
1962 ⁴⁾	5 438	247 8	868	266 7	11 338	341 2	1 086		18 730	320 5	186 600	224 9	10 0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — 1) Einschließlich der Meisterkrankenkassen — 2) Von 1953 bis 1957 nur Versicherungsanstalt des österreichischen Notariates — 3) Vorläufige Zahlen

jahre, Nivellierung seither) haben Konsumstruktur und volkswirtschaftliche Sparquote maßgeblich beeinflusst.

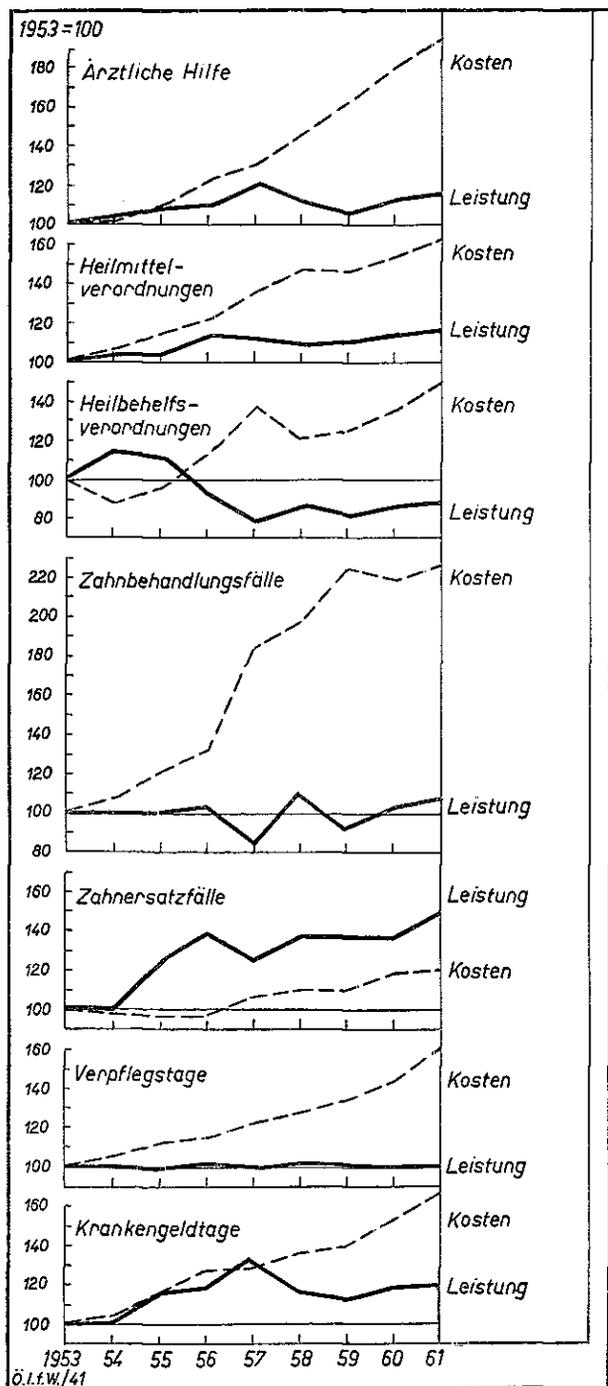
Krankenversicherung

Die Krankenversicherung hilft den Versicherten im Krankheitsfalle mit verschiedenen Leistungen. Die wichtigsten sind: ärztliche Hilfe (Aufwand 1962: 1 29 Mrd. S oder 24% der Gesamtausgaben), Anstalts- und Hauspflege (0 97 Mrd. S oder 18%), Krankengeld (0 92 Mrd. S oder 17%), Arzneimittel

(0 81 Mrd. S oder 15%), Zahnbehandlung (0 44 Mrd. S oder 8%) und Mutterschaftshilfe (0 32 Mrd. S oder 6%). Ferner werden Mittel für Heilbehelfe, Krankheitsverhütung, Sterbegelder sowie Fahrt- und Aufenthaltsspesen bereitgestellt (insgesamt 0 29 Mrd. S oder 5%).

Die Gesamtausgaben der Krankenversicherung stiegen in den letzten neun Jahren um 148% (von 2 19 Mrd. S auf 5 44 Mrd. S), etwas stärker als das nominelle Brutto-Nationalprodukt (+125%). Die jährliche Steigerungsrate schwankte je nach der

Kosten und Inanspruchnahme der Krankenversicherungsleistungen
(Normaler Maßstab; 1953 = 100)



Die Leistungen der Krankenversicherung (abgesehen von Heilbehelfen und Spitalaufhalten) werden von den Versicherten zunehmend beansprucht. Da gleichzeitig die Leistungen immer teurer werden, wächst der Aufwand der Kassen auch bei gleichbleibendem Versichertenstand auf längere Sicht ziemlich stetig. (Kurzfristige Schwankungen der Ausgaben gehen hauptsächlich auf Epidemien oder auf organisatorische Maßnahmen, wie Krankenschein- und Rezeptgebühren, zurück)

Zahl der Krankheitsfälle (1957 z. B. war sie infolge der Grippeepidemie besonders hoch) und den Entgelten für verschiedene Dienstleistungen (z. B.

Ärztehonorare); im Mittel 1953/62 betrug sie 110%. Überdurchschnittlich stiegen vor allem die Ausgaben für Mutterschaftsleistungen, Zahnbehandlung, ärztliche Hilfe und verschiedene kleinere Leistungen

Gesamtausgaben der Krankenversicherung¹⁾

Leistungsart	1953		1962 ²⁾		Zunahme in % ³⁾
	Mill S	%	Mill S	%	
Ärztliche Hilfe	481 61	21 9	1.292 43	23 8	168 4
Heilmittel (Arzneien)	330 87	15 1	813 31	15 0	145 8
Heilbehelfe	45 55	2 1	72 61	1 3	59 4
Zahnbehandlung, -ersatz	155 28	7 1	438 46	8 1	182 4
Anstalts-, Hauspflege	472 93	21 6	973 46	17 9	105 8
Krankenunterstützung	353 41	16 1	920 26	16 9	160 4
Mutterschaftsleistungen	90 28	4 1	319 49	5 9	253 9
Erweiterte Heilfürsorge					
Krankheitsverhütung	27 18	1 2	77 06	1 4	183 5
Sterbegeld	26 29	1 2	74 01	1 4	181 5
Fahrtspesen u. Transportkosten f. Leistungsempf.	35 77	1 6	67 43	1 2	88 5
Kontroll- und Verrechnungsaufwand	21 31	1 0	48 29	0 9	126 6
Allgem. Verwaltungsaufw.	120 75	5 5	235 20	4 3	94 8
Sonstige Ausgaben	33 30	1 5	106 24	2 0	219 0
Ausgaben insgesamt	2.194'53	100'0	5.438'25	100'0	147'8

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — ¹⁾ Einschließlich der Meisterkrankenkassen — ²⁾ Vorläufige Zahlen

Die Ursachen der Ausgabensteigerung lassen sich für die Kassen etwas genauer beleuchten, deren Leistungssystem auf dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz beruht¹⁾. Da für die einzelnen Leistungsarten nicht nur der Gesamtaufwand, sondern auch die Zahl der Leistungsfälle (z. B. Zahl der Krankenscheine, der Krankenstandstage usw.) errechnet wird, können die Ausgaben zumindest grob in eine Mengenkompente (Zahl der Fälle) und in eine Preiskompente (Kosten pro Fall) aufgespalten werden. Ferner läßt sich der Mehraufwand berechnen, der durch die Ausweitung des Versichertenstandes verursacht wurde.

Von der Zunahme der ASVG-Kassenausgaben um 124% (1953/61) entfiel nur ein Zehntel auf die Vermehrung des Versichertenstandes, der Rest auf Mehrausgaben je Versicherten. Die Tendenz steigender Kassenausgaben kann also nur zu einem geringen Teil damit erklärt werden, daß sich die Berufsstruktur von Selbständigen zu Unselbständigen verschob und der Kreis der Krankenversicherungspflichtigen erweitert wurde.

Die Ausgaben pro Versicherten wuchsen zum Teil deshalb besonders stark, weil das Leistungsangebot der Kassen vergrößert und häufiger beansprucht wurde. Die Versicherten gehen öfter zum

¹⁾ Die ASVG-Kassen bestreiten etwa 80% der Gesamtausgaben. Der Rest entfällt auf die Krankenversicherungsanstalt der Bundesangestellten, die Versicherungsanstalt der Österreichischen Eisenbahnen und die Meisterkrankenkassen.

Arzt, lassen sich häufiger krank schreiben und beanspruchen mehr Medikamente. Im gewogenen Durchschnitt war die Zahl der wichtigsten *Leistungsfälle je Versicherten* 1961 um 15% höher als 1953. Zahnersatz wurde um 50% häufiger beansprucht, die Zahl der Krankenscheine, Heilmittelverschreibungen und Krankengeldtage stieg um 17% bis 19% (jeweils pro Versicherten gerechnet). Die Zahl der Spitalsaufenthalte blieb annähernd gleich, die Anforderungen an Heilbehelfen hingegen sanken um 11%. Die Tendenz, immer mehr Kassenleistungen zu beanspruchen, wurde allerdings kurzfristig oft durch Sondereinflüsse unterbrochen. Die Zahl der Krankengeldtage und der Krankenscheine erreichte 1957 infolge der Grippeepidemie einen Höhepunkt, normalisierte sich 1958 wieder und sank 1959 offenbar wegen Einführung der Krankenscheingebühr. Ab 1960, als die Krankenscheingebühr wieder aufgehoben wurde, nahm sie wieder zu. Heilmittel wurden wegen der Rezeptgebühr 1957 vorübergehend etwas weniger beansprucht. Die Zahnbehandlungen gingen 1957 zurück, da die Zahnärzte den Vertrag mit den Kassen gekündigt hatten und ein neuer Vertrag erst Mitte 1957 zustande kam.

Leistungen der ASUG-Kassen und Kosten pro Leistung

Leistungsart	Leistungen pro Versicherten			Kosten pro Leistung in S		
	1953	1961	Veränderung %	1953	1961	Zunahme %
Ärztliche Hilfe	4 22	4 92	+16 6	32 11	63 11	96 5
Heilmittelverordnungen	11 94	13 99	+17 2	7 88	12 99	64 8
Heilbehelfsverordnungen	0 28	0 25	-10 7	46 81	70 33	50 2
Zahnbehandlungsfälle	0 88	0 95	+ 8 0	37 87	86 84	129 3
Zahnersatzfälle	0 08	0 12	+50 0	146 52	176 25	20 3
Verpflegungstage	3 53	3 47	- 1 7	40 18	64 99	61 7
Krankengeldtage	7 93	9 46	+19 3	22 82	38 35	68 1

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Die zunehmende Beanspruchung von Kassenleistungen bedürfte einer gründlichen Untersuchung, die jedoch über den Rahmen dieses kurzen Überblickes geht. Vor allem sollte aufgeklärt werden, wieso die Menschen trotz steigendem Wohlstand, besseren Ernährungsmethoden und kürzerer Arbeitszeit öfter krank werden als früher. Verschiedene Erklärungsversuche erweisen sich bei näherer Betrachtung als nicht stichhaltig. So wurde z. B. angenommen, daß mit zunehmender Ausschöpfung des Arbeitskräftepotentials auch mehr kränklische Personen arbeiten. In Wirklichkeit kann das nur eine geringe Rolle spielen. Von 1955 bis 1961 (jeweils im Sommersaisonstiefpunkt gemessen) wurden nur 32.300 Arbeitslose (nur 14% des Beschäftigtenstandes) in den Produktionsprozeß eingegliedert,

von denen zwei Drittel bereits Arbeitslosenunterstützung bezogen und auch als Arbeitslose Anspruch auf Kassenleistungen hatten. Auch die Vermutung, daß die Zunahme von Erkrankungen und der Frühinvalidität in der größeren Nervenbeanspruchung wurzeln, läßt sich statistisch nicht belegen. Bestünde ein Zusammenhang zwischen diesen beiden Erscheinungen, dann müßten sich die Krankmeldungen in den von der Frühinvalidität betroffenen Altersgruppen zwischen 50 und 65 Jahren besonders häufen. Tatsächlich läßt die nach Altersgruppen gegliederte Statistik der Wiener Gebietskrankenkasse über Krankheitshäufigkeit und Krankheitsdauer eher das Gegenteil erkennen. Danach stieg die Zahl der jährlichen Krankmeldungen von 1953 bis 1961 in allen Altersgruppen mit Ausnahme der ältesten, wobei die Zunahme in der Gruppe der Jugendlichen bis zu 19 Jahren mit 61% doppelt so groß war wie im Durchschnitt aller Altersstufen (32%). Gleichzeitig mit der Häufung der Krankmeldungen sank die Krankenstandsdauer im Durchschnitt um 15%, in den jüngeren Jahrgängen sogar um rund 20%. Wahrscheinlich suchen vor allem die jüngeren Jahrgänge bei leichten Erkrankungen häufiger den Arzt auf und melden sich eher krank als früher. Moderne Erziehungsmethoden (die in der älteren Generation noch verankerte Scheu vor dem Arzt schwindet immer mehr) und die mit der Vollbeschäftigung abnehmende Abhängigkeit des Arbeitnehmers von einem bestimmten Arbeitsplatz mögen diese Entwicklung begünstigt haben. Ob sie die Gesundheit der arbeitenden Menschen fördert oder ob sich dahinter zumindest teilweise auch eine mißbräuchliche Verwendung von Kassenleistungen verbirgt, läßt sich aus den statistischen Angaben nicht ersehen. Der Gesundheit der arbeitenden Menschen würden wahrscheinlich systematische Reihenuntersuchungen eher dienen als Erleichterungen der Krankmeldungen sowie des Zuganges zu Ärzten und Medikamenten.

Krankheitshäufigkeit und -dauer in der Wiener Gebietskrankenkasse

Alter	Zahl der Erkrankungen			Zahl der Krankentage			Krankentage je Erkrankung		
	1953	1961	in % von 1953	1953	1961	in % von 1953	1953	1961	in % von 1953
je 100 Versicherte der einzelnen Altersklassen									
bis 19 Jahre	99	159	160 6	1 447	1 898	131 2	14 6	11 9	81 5
20 „ 29	79	93	117 7	1 356	1 265	93 3	17 2	13 6	79 1
30 „ 39	65	82	126 2	1 289	1 415	109 8	19 8	17 3	87 4
40 „ 49	59	77	130 5	1 426	1 639	114 9	24 2	21 3	88 0
50 „ 59	55	72	130 9	1 631	2 034	124 7	29 7	28 3	95 3
60 „ 69	52	53	101 9	2 168	2 546	117 4	41 7	48 0	115 1
70 Jahre u. m.	38	25	65 8	2 393	1 518	63 4	63 0	60 7	96 3
Insgesamt	66	87	131 8	1 491	1 679	112 6	22 6	19 3	85 4

Q: Jahresberichte der Wiener Gebietskrankenkasse.

Die häufigere Beanspruchung von Kassenleistungen erklärt einen Teil des Mehraufwandes. Außerdem haben sich die Kosten pro Leistung ungewöhnlich stark erhöht. Im gewogenen Durchschnitt wurde 1961 pro Leistung um 62% mehr ausgegeben als 1953. Demgegenüber stieg der Verbraucherpreisindex im gleichen Zeitraum nur um 20%. Auch wenn die Aufwandssteigerung pro Leistung nicht nur Preisänderungen, sondern zum Teil auch Qualitätsverbesserungen (häufigere Beanspruchung von Fachärzten, bessere und daher kostspieligere Medikamente und Heilbehelfe) widerspiegelt, bleibt der Unterschied dennoch auffallend groß. Er kann zum Teil damit erklärt werden, daß die Krankenkassen meist Dienstleistungen honorieren, deren Produktivität viel schwächer steigt als die der materiellen Güterproduktion. Im Falle der Ärzte spielt außerdem eine Rolle, daß ihre Honorare lange Zeit niedrig gehalten wurden und erst in der Berichtsperiode stärker erhöht wurden. Die Ausgaben je Krankenschein stiegen von 1953 bis 1961 um 97% und in der Zahnbehandlung sogar um 129% (die durchschnittliche Verdienststeigerung der Arbeiter und Angestellten betrug im gleichen Zeitraum 67%). Ferner stellen die Kassen bei Krankheit und Entbindungen Geldbeträge (Krankengeld, Wochengeld) zur Verfügung, die sich nach der Beitragsgrundlage oder dem Einkommen richten. Ihre Erhöhungen (z. B. Krankengeld + 68%) gleichen nicht nur die Verteuerungen der Lebenshaltung aus, sondern berücksichtigen auch die Reallohnsteigerung. Die Kosten für Sachgüter sind verhältnismäßig wenig gestiegen (Zahnersatz + 20%, Heilbehelfe + 50%).

Unfallversicherung

Die Unfallversicherung begegnet dem Risiko des Arbeitsunfalls einschließlich der Berufskrankheit. Sie gewährt Versehrtenrenten (1962 0,54 Mrd S oder 62% der gesamten Ausgaben; einschließlich Abfindungen, Abfertigungen und Wohnungsbeihilfen) und bestreitet die Kosten der Heilbehandlung nach Arbeitsunfällen (0,21 Mrd. S oder 25%). Im Todesfall gewährt sie Hinterbliebenenrenten.

Die *Gesamtausgaben* der Unfallversicherung stiegen von 1953 bis 1962 um 167% (von 0,33 Mrd. S auf 0,87 Mrd S), während die der Krankenversicherung um 148% und das nominelle Brutto-Nationalprodukt um 125% gestiegen sind. Ähnlich wie in der Krankenversicherung erklärt sich der Mehraufwand teils aus der Häufung von

Arbeitsunfällen und teils aus den steigenden Kosten pro Leistung.

Gesamtausgaben der Unfallversicherung

Leistungsart	1953		Ausgaben 1962 ¹⁾		Zunahme in % ¹⁾
	Mill. S	%	Mill. S	%	
Rentenaufwand ²⁾	183 73	56 4	533 76	61 5	190 5
Unfallheilbehandlung	78 21	24 0	214 18	24 7	173 9
Beiträge z. Krankenvers. d. Rentner	—	—	1 45	0 2	—
Sonstige Geld- u. Sachleistungen	11 71	3 6	22 38	2 6	91 2
Zustellgebühren	—	—	2 33	0 3	—
Allgemeiner Verwaltungsaufwand	24 67	7 6	65 76	7 6	166 6
Wohnungsbeihilfen	3 04	0 9	3 37	0 4	10 9
Sonstige Ausgaben	24 23	7 4	24 97	2 9	3 0
Ausgaben insgesamt	325 58	100 0	868 19	100 0	166 7

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. — ¹⁾ Vorläufige Zahlen — ²⁾ Einschließlich Abfindungen und Abfertigungen.

Die Zahl der *Arbeitsunfälle* war 1961 um fast ein Drittel (31%) höher als 1953. Besonders stark (um 65%) haben infolge der zunehmenden Motorisierung und wegen der Verstädterung die Verkehrsunfälle im Beruf sowie auf dem Wege von und zur Arbeitsstätte zugenommen. Die reinen Arbeitsunfälle erhöhten sich um 24%. Da die Gesamtzahl der Berufstätigen im letzten Jahrzehnt praktisch unverändert blieb (unfallversichert sind nicht nur die Unselbständigen, sondern grundsätzlich auch die Selbständigen), nahm die Unfallhäufigkeit (Unfälle pro Versicherten) nahezu ebenso stark zu wie die Zahl der Unfälle. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die Unfallquote der Unselbständigen höher ist als die der Selbständigen und somit ein Teil der steigenden Unfallhäufigkeit auf Verschiebungen in der Berufsstruktur zurückgeht. Die berufsspezifische Unfallhäufigkeit dürfte sich nur wenig geändert haben. Sie ist im Bergbau, in der Eisen- und Metallindustrie sowie im Baugewerbe am höchsten, im „häuslichen Dienst“ am niedrigsten.

Arbeitsunfälle insgesamt und verkehrsbedingte Unfälle

Jahr	Anerkannte Arbeitsunfälle ¹⁾		davon			
	insgesamt		Arbeitsunfälle ohne Unfälle im Verkehr		Verkehrsbedingte Arbeitsunfälle	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
1953	182 252	100 0	147 954	100 0	34 298	100 0
1954	197 315	108 3	159 088	107 5	38 227	111 5
1955	216 640	118 9	169 154	114 3	47 486	138 5
1956	226 423	124 2	173 884	117 5	52 539	153 2
1957	227 970	125 1	174 635	118 0	53 335	155 5
1958	228 298	125 3	173 048	117 0	55 250	161 1
1959	226 645	124 4	171 790	116 1	54 855	159 9
1960	233 637	128 2	178 473	120 6	55 164	160 8
1961	239 268	131 3	182 846	123 6	56 422	164 5

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. — ¹⁾ Ohne Berufskrankheiten.

Etwa 6% der anerkannten Arbeitsunfälle beeinträchtigen die Erwerbsfähigkeit um mindestens

20% und berechtigen zum Bezug einer Rente. Die Zahl der Versicherten in der Unfallversicherung stieg von 1953 bis 1961 um 28%, fast ebenso stark wie die Zahl der Arbeitsunfälle. 1961 bezogen 83.500 Personen oder etwa 2,5% der Berufstätigen eine Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit. Weitere 21.200 Renten wurden an Hinterbliebene gezahlt. In der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle wurde die Erwerbsfähigkeit der Rentner durch Unfälle beeinträchtigt. Berufskrankheiten spielen nur in einigen wenigen Branchen eine Rolle. (Von der Gesamtzahl der Versicherungsfälle entfallen nur etwa 0,3% auf Berufskrankheiten. Allerdings entsteht in 30% bis 40% der festgestellten Berufskrankheiten ein Rentenanspruch.)

Versichertenrenten

Jahr	Jahresdurchschnittsstand ¹⁾		Jahresaufwand für Versichertenrenten (einschließlich Versichertengeld)		Aufwand je Versichertenrente pro Jahr	
	absolut	%	Mill. S	%	S	%
1953	65.177	100 0	130 42	100 0	2.001	100 0
1954	67.606	103 7	139 11	106 7	2.058	102 8
1955	69.730	107 0	197 07	151 1	2.826	141 2
1956	72.160	110 7	213 55	163 7	2.959	147 9
1957	74.683	114 6	241 02	184 8	3.227	161 3
1958	77.156	118 4	251 78	193 1	3.263	163 1
1959	79.283	121 6	260 25	199 5	3.283	164 1
1960	81.213	124 6	275 68	211 4	3.395	169 7
1961	83.495	128 1	385 84	295 8	4.621	230 9

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Die *Rentenhöhe* richtet sich nach der prozentuellen Minderung der Erwerbsfähigkeit. Ein Rentenanspruch entsteht, wenn die Erwerbsfähigkeit des Versicherten drei Monate nach dem Versicherungsfall um mindestens 20% verringert ist. Von den Beziehern einer Direkt-Rente waren 1961 85% zu weniger als der Hälfte erwerbsunfähig, bei 15% betrug der Grad der Erwerbsminderung die Hälfte und mehr. Der durchschnittliche Aufwand pro Versichertenrente (einschließlich Versichertengeld) stieg von 1953 bis 1961 um 131%, viel stärker als die durchschnittlichen Leistungseinkommen der Unselbständigen. (Die Ursachen der überproportionalen Steigerung der Durchschnittsrenten sind die gleichen wie in der Pensionsversicherung; sie werden dort besprochen.) Im Durchschnitt betrug 1961 in der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt die monatliche Rente für Leichtversehrte (Erwerbsminderung weniger als 50%) 315 S, für Schwerversehrte 1.068 S.

Pensionsversicherung

Pensionsversichert sind alle unselbständig Erwerbstätigen und die meisten Selbständigen. Die Pensionsversicherung der Selbständigen wurde

1958 eingeführt und läuft erst an. Die folgende Beschreibung beschränkt sich daher auf die Pensionsversicherung der Unselbständigen. Sie gab 1962 11 34 Mrd. S aus. Davon entfielen 8 93 Mrd. S (79%) auf den Pensionsaufwand im engeren Sinne (einschließlich Abfertigungen und Abfindungen) und 1 99 Mrd. S oder 18% auf verschiedene andere Leistungen (Ausgleichszulagen, Ausstattungsbeiträge, Gesundheitsfürsorge, Wohnungsbeihilfen, Beiträge zur Krankenkasse der Pensionisten, sonstige Geld- und Sachleistungen). Verwaltungsaufwand, Zustellgebühren und sonstige Ausgaben beanspruchten 0 42 Mrd. S oder 4%.

Gesamtausgaben der Pensionsversicherung der Unselbständigen

Leistungsart	Ausgaben				Zunahme in % ²⁾
	1953 Mill. S	%	1962 ¹⁾ Mill. S	%	
Pensionsaufwand ²⁾	2.751 70	82 8	8.932 76	78 8	224 6
Ausgleichszulagen	—	—	760 01	6 7	—
Ausstattungsbeiträge	16 23	0 5	63 10	0 6	288 9
Gesundheitsfürsorge	65 76	2 0	143 45	1 3	118 1
Beiträge zur Krankenversicherung der Pensionisten	189 00	5 7	654 05	5 8	246 1
Sonstige Geld- u. Sachleistungen	15 62	0 5	166 80	1 5	968 1
Zustellgebühren	—	—	33 53	0 3	—
Allgemeiner Verwaltungsaufwand	110 32	3 3	327 27	2 9	196 7
Wohnungsbeihilfen	145 63	4 4	199 22	1 7	36 8
Sonstige Ausgaben	28 20	0 8	57 64	0 5	104 4
Ausgaben insgesamt	3.322 45	100 0	11.337 82	100 0	241 2

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — ¹⁾ Vorläufige Zahlen — ²⁾ Einschließlich Abfindungen und Abfertigungen.

Die *Gesamtausgaben* sind in der Berichtsperiode viel stärker gestiegen als die der übrigen Zweige der Sozialversicherung. 1962 waren sie um 241% höher als 1953, der Leistungsaufwand allein erhöhte sich um 245%. Demgegenüber stieg die private Lohn- und Gehaltssumme (ohne die Bezüge der Beamten, die aus den Budgets der öffentlichen Körperschaften finanziert werden) im gleichen Zeitraum nur um 129%. 1953 erreichte der Pensionsaufwand nicht ganz 11% der privaten Lohn- und Gehaltssumme, 1962 bereits 16%.

Bruttolöhne und Pensionsaufwand der Unselbständigen

Jahr	Private Lohn- und Gehaltssumme brutto ¹⁾		Aufwand für Pensionen der Sozialversicherung ²⁾		Pensionen in % der Lohn- u. Gehaltssumme
	Mrd. S	%	Mrd. S	%	
1953	27 53	100 0	2 93	100 0	10 6
1954	30 79	111 8	3 43	117 1	11 1
1955	34 46	125 2	3 84	131 1	11 1
1956	38 37	139 4	4 25	145 1	11 1
1957	41 66	151 3	5 12	174 7	12 3
1958	43 64	158 5	5 64	192 5	12 9
1959	46 67	169 5	6 16	210 2	13 2
1960	51 29	186 3	6 74	230 0	13 1
1961	57 57	209 1	8 39	286 3	14 6
1962 ¹⁾	63 05	229 0	10 12	345 4	16 1

Q: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — ¹⁾ Ohne Arbeitgeberanteil (revidierte Zahlen). — ²⁾ Einschließlich Abfindungen und Abfertigungen, Ausgleichszulagen, Ausstattungsbeiträge, Wohnungsbeihilfen sowie sonstige Geld- und Sachleistungen. — ³⁾ Vorläufige Zahlen.

Die wachsende „Pensionslast“ kann vorderhand nicht mit der „Vergreisung“ der Bevölkerung erklärt werden und auch nicht mit der Zunahme der Frühinvalidität. Obschon die mittlere Lebenserwartung ständig steigt und gegenwärtig die geburtenstarken Jahrgänge aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg im Pensionsalter stehen¹⁾, blieb das Verhältnis von sozialversicherten Beschäftigten (ohne Beamte) und Zahl der Unselbständigenpensionen in den letzten neun Jahren bemerkenswert konstant. 1962 kamen ebenso wie 1953 auf 100 Beschäftigte 40 Pensionen. Erst in den kommenden Jahren dürfte sich das Verhältnis zugunsten der Pensionisten verschieben. In den letzten acht Jahren wuchs die Pensionslast ausschließlich deshalb, weil die Durchschnittspension (einschließlich Nebenleistungen) stärker gestiegen ist als der Durchschnittslohn und -gehalt. Diese Feststellung widerspricht scheinbar der allgemeinen Auffassung, daß die Pensionen bisher erst teilweise dem Aufwärtstrend der Löhne und Gehälter angepaßt wurden (nach amtlichen Erklärungen haben sie erst das Niveau von 1959 erreicht). Zwei Umstände sind jedoch zu berücksichtigen. Erstens waren die Pensionen in der unmittelbaren Nachkriegszeit stark zurückgeblieben und haben erst in der Berichtsperiode aufgeholt (eine Studie, die die ganze Nachkriegszeit umspannt, würde daher zu etwas anderen Ergebnissen kommen). Zweitens setzt sich der durchschnittliche Pensionsaufwand aus sehr verschiedenen Elementen zusammen; seine Entwicklung weicht mehr oder minder von der typischer Pensionsarten ab.

Sozialversicherte unselbständig Beschäftigte und Zahl der Pensionen

Jahr	Stand am 31. Dezember Sozialversicherte Beschäftigte ²⁾	Pensionen aus der Sozialversicherung	Pensionen pro 100 Beschäftigte
	in 1.000		
1953	1 639 1	655 7	40 0
1954	1 754 3	672 8	38 4
1955	1 828 4	691 8	37 8
1956	1 861 7	700 3	37 6
1957	1 893 6	712 8	37 6
1958	1 890 2	728 8	38 6
1959	1 932 9	750 5	38 8
1960	1 986 4	767 0	38 6
1961	2 018 4	787 0	39 0
1962	2 014 1	813 0	40 4

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — ¹⁾ Ohne pragmatisierte Bedienstete der Eisenbahnen, des Bundes, der Länder und Gemeinden und ab 1956 auch ohne Teilversicherte.

²⁾ Der Anteil der Personen im Pensionsalter an der Gesamtbevölkerung erhöhte sich zwischen den Volkszählungen 1951 und 1961 von 18% auf 15%.

Eine tiefer schürfende Analyse der Pensionsdynamik sowie ihrer rechtlichen und ökonomischen Bestimmungsgründe steht noch aus. Der vorliegende Beitrag begnügt sich mit einigen allgemeinen Hinweisen. Die Steigerung des durchschnittlichen Pensionsaufwandes läßt sich ganz grob aus dem Zusammenwirken von drei Faktoren erklären: Änderungen in der Zusammensetzung der Pensionsempfänger, Ausweitung von Nebenleistungen, die nicht unmittelbar Bestandteil der Monatspension sind, und Erhöhungen der Einzelpensionen.

Die *Zusammensetzung der Pensionsempfänger* hat sich merklich verschoben. Die Versicherung gewährt Direktpensionen (Alters- und Invaliditätspensionen) und Hinterbliebenenpensionen (Witwen- und Waisenpensionen). Ferner sind je nach der sozialen Stellung der Empfänger Pensionen für Angestellte, gewerbliche und landwirtschaftliche Arbeiter zu unterscheiden. Diese Pensionsarten haben sich in den letzten acht Jahren sehr verschieden entwickelt. Die Zahl der Direktpensionen stieg von 1954 bis 1962 um 34% und die der Witwenpensionen um 40%, wogegen die Zahl der Waisenpensionen um 53% sank, da zahlreiche Kriegswaisen das 18. Lebensjahr erreichten und damit — falls sie nicht weiterstudierten — den Anspruch verloren. Ferner vermehrte sich die Zahl der direkten Angestelltenpensionen (+60%) stärker als die der Pensionen für gewerbliche (+30%) und landwirtschaftliche Arbeiter (+18%). Schließlich gewannen vor allem unter den landwirtschaftlichen und gewerblichen Arbeitern die Früh-Invaliditätspensionen auf Kosten der Alterspensionen an Bedeutung. Nur bei den Angestellten nahm der Anteil der Früh-Invaliditätspensionen ab (vermutlich dank dem Rückgang der Tuberkulose). Im ganzen jedoch stieg die Zahl der relativ hohen Pensionen stärker als die der relativ niedrigen. Diese Strukturverschiebungen hätten die Durchschnittspensionen im Berichtszeitraum selbst dann um etwa 10% steigen lassen, wenn die Höhe der einzelnen Pensionen unverändert geblieben wäre (Ein ähnlicher „Struktureffekt“ besteht auch bei den Beschäftigten. Vor allem die Umschichtung von Arbeitern zu Angestellten sowie von landwirtschaftlichen zu gewerblichen Arbeitskräften erhöhten die Durchschnittseinkommen.)

Außer den monatlichen Pensionen erhalten die Pensionisten verschiedene Nebenleistungen, wie etwa die 13. und 14. Pension. Einige dieser Nebenleistungen wurden in der Berichtsperiode neu eingeführt oder erweitert. Der 13. Monatsbezug z. B. wurde den Pensionisten erst 1956, den meisten Ar-

beitern und Angestellten jedoch bereits vor Beginn der Vergleichsperiode gewährt Ebenfalls 1956 wurde die Ausgleichszulage eingeführt, die gewährt wird, wenn die Pension eine bestimmte Mindesthöhe — den Richtsatz — nicht erreicht, also eine fürsorgeähnliche Leistung darstellt, die von der öffentlichen Hand ersetzt wird Der Richtsatz betrug 1956 für einen alleinstehenden Pensionisten 460 S, 1962 hingegen 750 S. Die Pensionsversicherungsträger wandten 1956 für Ausgleichszulagen 634 Millionen S auf, 1962 760 0 Millionen S.

Struktur der Pensionen

	1954		1962	
	Stand am 31. Dez	%	Stand am 31. Dez	%
A Angestellte				
Direktpensionen	61 939	9.2	98 825	12.2
Witwenpensionen	49.815	7.4	67 962	8.4
Waisenpensionen	18.509	2.8	10.289	1.3
Zusammen	130.263	19.4	177.076	21.8
B Gewerbliche Arbeiter				
Direktpensionen	253.635	37.7	330 928	40.7
Witwenpensionen	129 560	19.3	182 408	22.4
Waisenpensionen	78.939	11.7	36.884	4.5
Zusammen	462.134	68.7	550.220	67.7
C Landwirtschaftliche Arbeiter				
Direktpensionen	52 899	7.9	62.309	7.7
Witwenpensionen	12.282	1.8	17 953	2.2
Waisenpensionen	15.258	2.3	5.396	0.7
Zusammen	80.439	12.0	85.658	10.5
Insgesamt (A+B+C)	672.836	100.0	812.954	100.0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

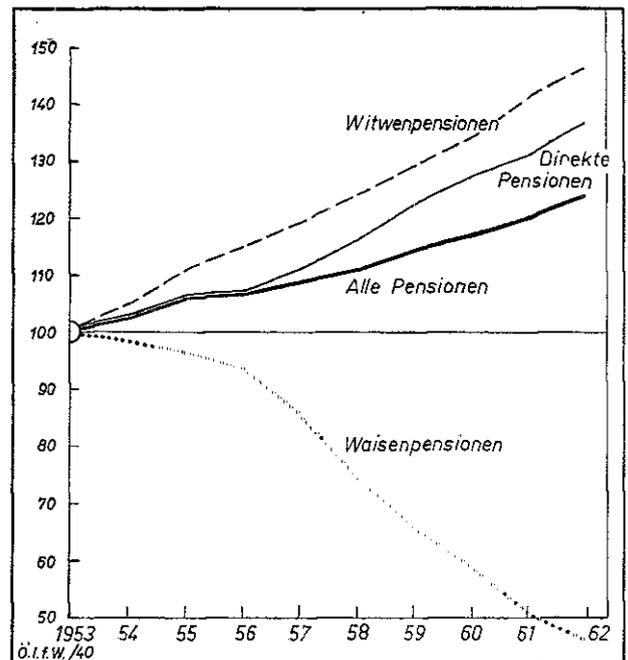
Die Durchschnittspensionen stiegen von 1954 bis 1962 sehr unterschiedlich Im allgemeinen wurden die Hinterbliebenenpensionen stärker als die Direktpensionen und die Angestelltenpensionen stärker als die Arbeiterpensionen erhöht In der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter z. B. waren 1962 die Direktpensionen um 80%, die Witwenpensionen aber um 122% und die Waisenpen-

Durchschnittseinkommen der Unselbständigen und Durchschnittspensionen

Jahr	Durchschnittliches Monatseinkommen ¹⁾ d Angestellten		Durchschnittspensionen ²⁾ im Dezember Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten						Durchschnittseinkommen ³⁾ der Arbeiter						Durchschnittspensionen ⁴⁾ im Dezember											
			Alter		Berufs-unfähigkeit		Witwen		Waisen		Alter und Invalidität		Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter		Witwen		Waisen		Land- und Forstwirtschaftliche Sozialversicherungsanstalt		Invalidität		Witwen		Waisen	
	S	%	S	%	S	%	S	%	S	%	S	%	S	%	S	%	S	%	S	%	S	%	S	%	S	%
1954	1 666	100.0	751	100.0	629	100.0	307	100.0	107	100.0	1 202	100.0	483	100.0	216	100.0	92	100.0	456	100.0	451	100.0	231	100.0	88	100.0
1955	1 823	109.4	792	105.5	638	101.4	317	103.3	117	109.3	1 267	105.4	518	107.2	232	107.4	97	105.4	499	102.7	462	102.4	241	104.3	89	101.1
1956	1 974	118.5	839	111.7	662	105.2	332	108.1	120	112.1	1 337	111.2	538	111.4	248	114.8	94	102.2	508	104.5	466	103.3	250	108.2	93	105.7
1957	2 202	132.2	993	132.2	776	123.4	391	127.4	140	130.8	1 431	119.1	605	125.3	289	133.8	97	105.4	554	114.0	493	109.3	272	117.7	94	106.8
1958	2 263	135.8	1 096	145.9	829	131.8	423	137.8	153	143.0	1 478	123.0	643	133.1	309	143.1	103	112.0	597	122.8	498	110.4	290	125.5	99	112.5
1959	2 311	138.7	1 143	152.2	841	133.7	427	139.1	160	149.5	1 518	126.3	660	136.6	305	141.2	123	133.7	602	123.9	496	110.0	290	125.5	102	115.9
1960	2 420	145.3	1 257	167.4	914	145.3	487	158.6	176	164.5	1 636	136.1	682	141.2	327	151.4	129	140.2	583	120.0	498	110.4	296	128.1	103	117.0
1961	2 607	156.5	1 451	193.2	1 048	166.6	582	189.6	207	193.5	1 763	146.7	776	160.7	420	194.4	150	163.0	655	134.8	541	120.0	366	158.4	121	137.5
1962	2 800 ⁵⁾	168.1	1 610	214.4	1 159	184.3	650	211.7	237	221.5	1 900 ⁶⁾	158.1	870	180.1	479	221.8	175	190.2	703	144.7	575	127.5	401	173.6	133	151.1

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger — 1) Durchschnittliche Beitragsgrundlage, um die über die Höchstbeitragsgrundlage (4.800 S) hinausgehenden Beträge berichtigt (ohne Sonderzahlungen) — 2) Ohne Ausgleichszulagen und ohne Wohnungsbeihilfen — 3) Vorläufige Zahlen

Entwicklung der Pensionen
(Normaler Maßstab; 1953 = 100)



Die Zahl der Pensionen der Unselbständigen nahm von 1953 bis 1962 insgesamt um 24% zu. Die Zahl der Witwenpensionen stieg mit 47% etwas stärker als die der direkten Pensionen (+37%). Die Zahl der Waisenpensionen dagegen sank um mehr als die Hälfte, da immer mehr Kriegswaisen das 18 Lebensjahr erreichten

sionen um 90% höher als Ende 1954. Die Steigerungssätze für Direktpensionen schwankten zwischen +114% (Angestellte) und +28% (landwirtschaftliche Arbeiter) Unter diesen Umständen fällt ein Vergleich mit der Entwicklung der Löhne und Gehälter sehr verschieden aus, je nachdem, welche Pensionsart man heranzieht Bei den bedeutendsten Versicherungsanstalten, wie bei den Pensionsversicherungsanstalten der Arbeiter und Angestellten, sind jedoch zumindest in der Berichtsperiode die Pensionen stärker gestiegen als die vergleichbaren

Löhne oder Gehälter. Nur blieben die Pensionen im engeren Sinn zurück, doch spielten hier die Ausgleichszulagen eine große Rolle.

Die Steigerung der Pensionen in den einzelnen Kategorien ergab sich aus zwei Komponenten. Neue Pensionen sind automatisch höher als die früherer Jahre, da die Bemessungsgrundlage (Durchschnittseinkommen der letzten fünf Jahre) mit steigenden Aktivbezügen wächst und infolge der Vollbeschäftigung längere Versicherungszeiten erworben werden (die Pensionsversicherung der

Arbeiter wurde überdies erst 1939 eingeführt). Gleichzeitig war man bemüht, die vor 1955 zuerkannten Pensionen den ASVG-Pensionen anzugleichen und sämtliche „Altpensionen“ etappenweise nachzuziehen. Eine bereits 1954 zuerkannte Alterspension z. B. wurde bis 1961 für gewerbliche Arbeiter um 67% und für Angestellte um 88% erhöht (von Mitte 1951 bis 1954 blieben allerdings die Altrenten unverändert). Die Nachziehung der Altrenten Anfang 1962 und 1963 brachte weitere Erhöhungen um insgesamt 39% und 41%.

Die Konzentration der Industrieproduktion

Der folgende Aufsatz beleuchtet einen Aspekt der Produktionskonzentration. Er untersucht, wieviele und welche Waren in der österreichischen Industrie nur von wenigen Erzeugern hergestellt werden. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Produktion vor allem in den Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien stark konzentriert ist. Etwa ein Drittel aller Waren (gewogen mit ihrem Wert) wird von einem Erzeuger bis zu fünf Erzeugern hergestellt, ein Zwölftel von nur einem Erzeuger. Der verhältnismäßig hohe Konzentrationsgrad erklärt sich hauptsächlich aus der Kleinheit des Wirtschaftsraumes, der oft nur für wenige Erzeuger eine rentable Produktion zuläßt. Rückschlüsse von der Produktionskonzentration auf die Marktkonzentration, auf die Fähigkeit, eine selbstständige Preisstrategie zu betreiben, dürfen vor allem wegen der zunehmenden ausländischen Konkurrenz nur mit Vorsicht gezogen werden.

Von *Konzentration* wird gesprochen, wenn auf einige wenige Wirtschaftseinheiten (Betriebe, Unternehmungen, Haushalte, Gebiete) ein Großteil eines wirtschaftlichen Merkmales (Produktion, Umsatz, Vermögen, Einkommen usw.) entfällt. Je nach dem wirtschaftlichen Merkmal und der Wirtschaftseinheit werden verschiedene Arten der Konzentration unterschieden: Produktions-, Vermögens-, Betriebskonzentration, räumliche Konzentration usw. Der vorliegende Aufsatz beschäftigt sich mit der Konzentration der Produktion auf die Industriebetriebe¹⁾. Wirtschaftliches Merkmal ist die nach Waren gegliederte Industrieproduktion, Merkmals-träger (Wirtschaftseinheit) der Industriebetrieb.

¹⁾ Ein anderer Aspekt der Betriebskonzentration, die Verteilung der Beschäftigten auf die Industriebetriebe, wurde in dem Aufsatz „Wachstum und Konzentration der Industriebetriebe“, Monatsberichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Jg. 1962, Nr. 1 beleuchtet.

Der Grad der Konzentration wird durch ein „*absolutes Konzentrationsmaß*“ ausgedrückt²⁾. Es wird ermittelt, welche und wieviele Waren von nur einem Erzeuger bis fünf Erzeugern hergestellt werden. Diese Waren werden als „konzentriert erzeugt“ bezeichnet. Waren mit mehr als fünf Erzeugern gelten als „nicht konzentriert erzeugt“, obschon auch in dieser Gruppe häufig einige wenige Großbetriebe

²⁾ Obwohl der volkswirtschaftliche Konzentrationsbegriff Aussagen über Größenverhältnisse und Anteile vermittelt und daher stets relativ ist, wird üblicherweise zwischen „absoluten“ und „relativen“ Konzentrationsmaßen unterschieden. Im ersten Fall wird der Merkmalsträger in absoluten Einheiten, im zweiten Fall in Prozent der Gesamtzahl ausgedrückt. Beispiel: 60% der Produktion entfallen auf die drei größten Betriebe (absolutes Konzentrationsmaß) oder auf 10% aller Betriebe (relatives Konzentrationsmaß). Reines Größenwachstum (gleichmäßige Zunahme der Produktion in allen Betrieben) wird üblicherweise nicht als Konzentration bezeichnet. Siehe „Die Konzentration in der Wirtschaft“, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Neue Folge, Band 20, Berlin 1960